

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
20. August 1915

Zuschriften sind zu richten
an die Redaktion der Gleichheit, Wilhelmshöhe, Post Degerloch
bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart,
Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Genossin Zetkin verhaftet! — Die neuen Höchstpreise. — Zwei Grundfragen der sozialen Fürsorge für Kriegervitwen und Kriegersöhne. V. — Zur Soziologie des Krieges. Von Fritz Röttcher. (Fortsetzung.)
Aus der Bewegung: Clara Wehmann f. — Von den Organisationen: Bericht über die Tätigkeit der organisierten Genossinnen des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises. — Frauenkonferenz in Chemnitz. — Politische Rundschau.
Notizenteil: Burgfrieden. — Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauen in öffentlichen Ämtern.

Die neuen Höchstpreise.

Wenn irgend ein Ereignis geeignet war, den Frauen die Augen zu öffnen über die Wichtigkeit politischer Rechte und gesetzgeberischer Mitbestimmung, so waren es die Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt seit Anfang des Krieges im August letzten Jahres. Jede einzelne Hausmutter, zumal jede proletarische Hausmutter erhielt hier einen drastischen Anschauungsunterricht, wohin die Dinge treiben, wenn man die Regelung der Lebensmittelversorgung und der Preise dem „freien Spiel der Kräfte“ im Wirtschaftsleben überläßt. Männer der Wissenschaft wie auch die Regierungen mußten zugeben, daß ohne einen Eingriff des Staates die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt zur Katastrophe geführt hätten, daß die in den Kriegsjahren besonders üppig wuchernde Spekulation nahe daran war, die Ernährung und damit den Bestand des ganzen Volkes zu untergraben. Umsonst versuchte man durch einen Appell an den Patriotismus der Produzenten und Händler der unheilvollen Entwicklung zu steuern. Die ganze, bisher planlose Lebensmittelerzeugung durch Tausende großer und kleiner Privatunternehmer, die Verteilung und Verarbeitung der Lebensmittel durch unzählige private Händler, Fabrikanten und Kleinmeister boten den willkürlichen und unwillkürlichen Preistreibern viel zu viel Gelegenheit und Spielraum. Erst nachdem die Preise der wichtigsten Lebensmittel fast unerschwinglich geworden waren, und die militärische Stärke des Reiches darunter zu leiden drohte, da griff die Regierung ein und milderte durch Zwangsmaßnahmen einige der schlimmsten Auswüchse. Die Maßnahmen kamen für die unbemittelten Schichten reichlich spät und griffen bei weitem nicht genügend durch.

Der Grundpreis für Roggen wurde zum Beispiel im Herbst 1914 auf 220 Mk., für Weizen auf 260,50 Mk. pro Tonne festgesetzt. Das war rund 30 Mk. mehr als der höchste Preis, den diese Getreidearten im Laufe der letzten zehn Jahre jemals erreicht hatten. Diese Höchstpreise stiegen aber vom 1. Januar 1915 ab je am 1. und 15. des Monats um 1,50 Mk. pro Tonne.

Trotzdem fanden sich, als die neue Ernte herannahte, eine Reihe Produzenten und Wirtschaftsverbände, die eine abermalige Erhöhung der Höchstpreise verlangten und diese Forderung mit erhöhten Produktionskosten begründeten. Solche Forderungen mußten in den breiten Massen des arbeitenden Volkes um so mehr beunruhigend wirken, als die bisherigen Höchstpreise auf die erhöhten Produktionskosten übergenuß Rücksicht nahmen und die unbemittelten Bevölkerungsschichten bereits an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt waren. Die „Gleichheit“ hat in der letzten Nummer ausführlich zu den Forderungen der Produzenten Stellung genommen und die Interessen des Proletariats, zumal der proletarischen Hausfrauen dargelegt.

Nun hat der Bundesrat gesprochen. Die Getreidehöchstpreise für das kommende Jahr sind festgelegt. Im Prinzip ist von einer Preiserhöhung für Roggen und Weizen abgesehen worden. Der Grundpreis von 220 Mk. pro Tonne Roggen für

Genossin Zetkin verhaftet!

Genossin Zetkin, seit 24 Jahren leitende Redakteurin an der „Gleichheit“, wurde am Donnerstag, den 29. Juli, in ihrer Wohnung, Wilhelmshöhe bei Stuttgart, verhaftet und am selben Tage nach Karlsruhe ins Untersuchungsgefängnis überführt. Vorher hatte in ihrer Wohnung und in den Redaktionsräumen der „Gleichheit“ eine ergebnislose Hausdurchsuchung stattgefunden, die mehrere Stunden dauerte. Auch eine junge Genossin, die auf der Redaktion tätig ist, wurde einem einstündigen Verhör durch den Untersuchungsrichter unterworfen.

Wie bekannt, befinden sich in Karlsruhe seit etwa zwei Monaten eine Anzahl Genossen in Untersuchungshaft wegen angeblicher Verbreitung des Aufrufs der internationalen Frauenkonferenz in Bern. Man will nun offenbar Genossin Zetkin für die Verbreitung dieses Aufrufs verantwortlich machen.

Genossin Zetkin steht seit Jahrzehnten als unbefangene Vorkämpferin in der vordersten Reihe der internationalen Sozialdemokratie. Ihr ganzes Leben ist der Erringung des Sozialismus gewidmet, der Herbeiführung dauernden Völkerfriedens und einer echten, allesumfassenden Menschheitskultur. Nur von dieser hohen Warte aus kann ihr Wirken beurteilt werden. Ihr Name genießt Weltraum nicht bloß bei dem sozialistischen Proletariat, nein weit hinein in die Kreise des fortschrittlich gesinnten Bürgertums in allen Ländern.

Berlin und der entsprechende Weizenpreis bleiben bestehen. Allein für die übrigen Orte Deutschlands tritt doch eine Änderung ein. Die bisherigen 32 Höchstpreisbezirke werden zu vier großen Bezirken zusammengefaßt, in denen der Roggenpreis nicht 215, 220, 225 und 230 Mk. übersteigen darf. Während sich die jetzigen Höchstpreise in den einzelnen Bezirken zwischen 209 und 237 Mk. bewegen, halten sie sich in Zukunft zwischen 215 und 230 Mk. Wohl ist der Preis nach oben beschnitten worden, aber dafür erfuhr auch der niedrigste Höchstpreis eine Heraufsetzung. Von der Ermäßigung werden die Bezirke in West- und Süddeutschland betroffen, während die östlichen Bezirke in Zukunft mit erhöhten Getreidepreisen zu rechnen haben. Wahrscheinlich ist in den westlichen und südblichen Bezirken aber schon jetzt selten der Höchstpreis erreicht worden, so daß die nominelle Herabsetzung für sie keine tatsächliche Änderung bedeutet.

Müssen wir nun einerseits anerkennen, daß die Gefahr einer weiteren Belastung der Konsumenten durch diese Beschlüsse beseitigt ist, so darf doch nicht außer Acht gelassen werden, daß der Höchstpreis schon im letzten Jahr als ungerechtfertigt hoch empfunden wurde. Eine Herabsetzung der Preise im Interesse der unbemittelten Volksklassen hätte den Gewinn der Landwirte noch lange nicht zu sehr geschmälert. Wenn übrigens von den Landwirten über die Verteuerung der Produktionskosten, insbesondere der Futtermittel geklagt wird, so darf nicht vergessen werden, daß die Regierung es in der Hand gehabt hätte, durch eine planmäßige Organisation der gesamten Lebensmittelversorgung sofort nach Kriegsausbruch die Landwirtschaft vor einer Verteuerung ihrer Rohstoffe zu schützen und den Ertrag zu steigern. Die Kreise, die sich dagegen wehrten, haben sich ins eigene Fleisch geschnitten. Nun muß das ganze Volk darunter leiden.

Über die von der Regierung beibehaltenen Zuschläge schreibt der Vorwärts: „Neben den recht hohen Grundpreisen will die Regierung aber auch die Zuschläge beibehalten, durch die vom Januar 1916 halbmonatlich jede Tonne Getreide um je 1,50 Mk. erhöht wird. In diesem Jahr suchte man diese Zuschläge damit zu rechtfertigen, daß sie als eine Art Prämie für Aufbewahrung des Getreides dienen sollten, um die Vorräte erst nach und nach in den Verkehr überzuführen. Im kommenden Erntejahr hat die Regierung aber die gesamten Vorräte und ihre planmäßige Verteilung in der Hand. Vorverkäufe der neuen Ernte waren verboten, und die Reichsverteilungsstelle, Kriegsgetreidegesellschaft und die Kommunalverbände können nun allmählich so viel Getreide heranziehen und zum Ausmahlen bringen, als Bedürfnis vorliegt. Da die Landwirte zur sorgfältigen Aufbewahrung verpflichtet sind und ihnen nennenswerte Kosten dadurch nicht entstehen, bedeuten die Zuschläge nichts als ein Geschenk an die Landwirte, denen zufällig ihr Getreide nicht bis zum Januar abgefordert worden ist. Da die kleinen Bauern aus finanziellen Gründen gezwungen sein werden, sich um die sofortige Abnahme ihrer ganzen Ernte zu bemühen, werden die Zuschläge vornehmlich den Großgrundbesitzern zugute kommen.“

Die ungerechtfertigten Zuschläge müssen mit Rücksicht auf die fast täglich zunehmende Teuerung auch der übrigen Lebensmittel die größten Bedenken erwecken. Die Gewißheit, daß das Brot im Winter teurer werden wird, ist eine keineswegs tröstliche Aussicht.“

Die inzwischen eingetretene „Teuerung der übrigen Lebensmittel“ ist es, die die alten Höchstpreise praktisch viel drückender macht als im Jahr vorher. Alle wichtigen Lebensmittel, Fleisch, Gemüse, Obst, Eier, sind fast unerschwinglich geworden. Bei manchen ist der Preis über hundert Prozent gestiegen. Sollen die alten Getreidehöchstpreise auch in diesem Jahre die arbeitende Bevölkerung vor Unterernährung und äußerstem Mangel nur einigermaßen schützen, so muß der Bundesrat gegen die wucherische Verteuerung der übrigen Lebensmittel um so energischer einschreiten. Bisher sind auf diesem Gebiet noch keine einschneidenden Maßnahmen erfolgt.

Notwendig ist vor allem ein Erlaß über Höchstpreise von Vieh und Fleisch und ein wirksames Enteignungsrecht für

die Gemeinden. Die vom Bundesrat festgesetzten Höchstpreise für Gerste und Hafer, die einheitlich für das ganze Reich auf 300 Mk. pro Tonne erhöht worden sind, werden keineswegs zu einer Minderung der Preise beitragen. Diese Maßnahme wird auch nicht dazu dienen, einer allzu großen Verfütterung dieser Getreidearten vorzubeugen, im Gegenteil, sie wird als Vorwand bemittelt werden, die Fleischpreise noch mehr in die Höhe zu treiben.

Wie steht es ferner mit der Beschlagnahme der Kartoffelernte und dem Erlaß niederer Kartoffelhöchstpreise? Das sächsische Ministerium teilte neulich mit, der Bundesrat erwäge gegenwärtig Höchstpreise für Fleisch, Milch, Butter und Käse. Eine Bestandaufnahme der Kartoffeln schon während der Ernte sei vorgesehen. Das Volk bedarf auch hierbei rascher und vor allem durchgreifender Beschlüsse. Allein damit ist die Sicherstellung der Volksernährung noch lange nicht vollständig. Auf dem großen Gebiet der Kolonialwaren, die heute keineswegs mehr Luxuswaren sind, sind den Preissteigerungen immer noch Tür und Tor geöffnet. Die Zuckerversorgung bedarf einer Neuregelung durch Herabsetzung der Zuckersteuer und anderer Bemessung des Kontingents.

Es bleibt also noch viel, sehr viel zu tun. Es genügt nicht, diese oder jene Lebensmittel zu beschlagnahmen, diese oder jene Höchstpreise festzusetzen, hier und dort eine kleine Erleichterung zu verschaffen. Auch die scharfen Bestimmungen des Bundesrats gegen Zurückhaltung von Vorräten, wucherischen Preistreibern usw., so lobenswert sie an und für sich sind, gehen dem Übel nicht an die Wurzel. Das Volk leidet unter einer Teuerung, die durchaus nicht allein eine Folge des Krieges ist, sondern vor allem eine Folge der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse und des unsicheren und zögernden Vorgehens der Behörden. Das arbeitende Volk braucht Nahrung, gute Nahrung, billige Nahrung, reichliche Nahrung. Es ist genug da, die Produktion kann noch gesteigert werden. Was fehlt, ist die planmäßige, rasche und durchgreifende Organisation der gesamten Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung aller wichtigen Lebensmittel zugunsten nicht einer kleinen Minderzahl von Produzenten und Händlern, sondern der großen Mehrzahl des arbeitenden Volkes. Freilich, eine solche „Reform an Haupt und Gliedern“, wie das alte Lösungswort der Reformationszeit lautete, ist nur möglich, wo alle Interessentengruppen und Bevölkerungsklassen ungehindert zu Worte kommen, in der Presse und in Versammlungen ihre Ansichten und Forderungen frei vertreten können.

Zwei Grundfragen der sozialen Fürsorge für Kriegerwitwen und Kriegerwaisen.

V.

Um es mit dürren Worten zu sagen: das Wesen der kapitalistischen Ordnung selbst und die in ihr begründeten Gesetze der Wirtschaft bewirken, daß die Verurteilung im allgemeinen die volle Kraft des Weibes einfordert, sie in zahllosen Fällen auf Kosten der Mutterschaft aufzehrt. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die unfreie, die ausgebeutete Arbeit sind Grundlagen dieser Ordnung. Der Profit, der Vorteil des einzelnen ist eine ihrer stärksten treibenden Mächte, der erbarmungslose Kampf aller wider alle gehört zu ihren unvermeidlichen und hervorstechendsten Zügen. Etwa als das Werk der einzelnen Kapitalisten, ihrer Einsichtslosigkeit und Herzenshärte? Mit nichten, als die Folge bestimmter wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhänge.

Gewiß, der Kapitalismus konnte sich nicht entfalten, ohne diesen wichtigen Fortschritt über Altertum und Mittelalter hinauszubringen: die Anerkennung des Rechts der Persönlichkeit auch für die Besitzlosen, ihre juristische, rechtliche Freiheit, als Person über sich zu verfügen. Das ist der Unterschied zwischen den Lohn- wie Gehaltsfrondenden unserer Tage und der Sklaven, Leibeigenen und Hörigen. Allein wird es nicht durch weitschichtiges, beweiskräftiges Tatsachenmaterial erhärtet,

spüren es die „freien“ Proletarier nicht an Leib und Seele, daß sie als Besitzlose trotz gleichem persönlichen Rechts mit den Besitzenden wirtschaftlich unfrei und daher auch sozial gebunden sind? In der kapitalistischen Ordnung wirkt sich eine stärkere Macht aus als der Buchstabe des Gesetzes und zersetzt, was dieses löst. Das ist der Besitz an den Mitteln der Gütererzeugung, der dank der Revolutionierung dieser Mittel und des Arbeitsprozesses die gewaltigste Bedeutung und Macht erlangt hat. Die Arbeitenden sind juristisch persönlich frei, aber kraft des Besitzes, der über die Produktionsmittel verfügt, ist die Arbeit nicht frei, und da die Arbeit sich von der Person des Arbeitenden nicht trennen läßt, verfallen auch sie der Abhängigkeit, der Unfreiheit. Aus dem grundlegenden Gebiet der Wirtschaft springt dieser Tatbestand in das Reich der geistigen Betätigung hinüber. Solange die Handarbeit im Zoche geht, muß auch die Kopfarbeit sich darunter beugen, solange die Erzeuger des materiellen Lebensbedarfs der Gesellschaft unfrei sind, können Gelehrte und Künstler, Beamte und Lehrer usw. ebenfalls nicht als freie tätig sein.

Weil die Arbeit unfrei ist, fordert sie von der berufstätigen Frau mehr, als ihr zukommt, wird sie aus einer Dienerin des Lebens zu dessen Herrin, aus einem Mittel, alle Kräfte und Gaben des Weibes zu entfalten und zu schönster Blüte zu bringen, zu einem Hindernis eben dieser Entfaltung und Blüte, bleibt sie günstigstenfalls eine Lehrmeisterin für die einseitige Entwicklung einzelner Fähigkeiten und Geschicklichkeiten, eingegengten Wesens. Mit dem allem verwandelt sich die Berufstätigkeit aus einer Voraussetzung dafür, daß „erzogene Mütter erzogene Kinder gebären“ und in liebevoller Betreuung über sich hinausheben, in eine schwere Gefährdung der Mutterschaft, ja in ihre Verneinung. Man denke nur an die mancherlei Arten von Industriearbeiterinnen, deren Mutterchoß durch die Erwerbsarbeit krank und schwach oder gar unfruchtbar wird, an die viel zu vielen Mütter, die ihre Kleinen an Körper und Geist zugrunde gehen sehen, weil das Muß des Brotverdienens sie fern von ihnen hält. Wie das allgemeine Menschentum, so leidet die Mutterschaft des Weibes darunter, daß die Berufstätigkeit heute ein Mehr an Zeit verschlingt, einen stärkeren Verschleiß leiblicher und geistiger Kräfte mit sich bringt, als es in einer Gesellschaft freier Arbeiter der Fall sein würde. Dieses Los lastet geradezu zermalmend auf Millionen besitzloser Frauen, die erwerben müssen und doch Mutter in der ganzen Bedeutung des Wortes sein wollen, aber es wird auch für jene berufstätigen Frauen nur gemildert, nicht aufgehoben, die zu den besitzenden Klassen gehören. Es sei denn, daß diese letzteren sich damit begnügen, Berufstätigkeit und Mutterschaft nur als eine leichte, liebenswürdige Täuschung für müßige Stunden aufzufassen.

Zum Schaden der Mutterpflicht und des Mutterglücks legt die Berufstätigkeit natürlich dort am umfassendsten und unerbittlichsten Beschlag auf die Frau, wo die Arbeit im Dienste fremden Reichtums steht und von ihm unmittelbar ausgebeutet wird. Dort entscheidet der kapitalistische Besitz als Herrscher über die Art, die Bedingungen, das Maß der Verusarbeit, und er vermag um so gebieterischer aufzutreten, je schwächer und schutzloser ihm die Arbeiterin als Weib gegenübersteht. Ist sie doch in der Regel bedürfnisloser als der Mann, in den Dingen dieser Welt nicht so bewandert wie er, weniger aufgeklärt über ihre eigenen Interessen, schlecht oder gar nicht organisiert und minderen politischen Rechts. Diese Schwäche ist ein Unterschied zwischen den Geschlechtern, den der Kapitalist zur Steigerung seines Gewinns wohl zu würdigen weiß, im übrigen sind ihm Mann und Frau als Objekt seines eigenen Waltens gleich, die nämliche Verwendungs- und Ertragsmöglichkeit vorausgesetzt. Eine schonungslose Ausnutzung weiblicher Arbeitskraft, die bescheidenes Profitstreben in manchem einzelnen Falle nicht verlangen würde, wird durch den eisernen Druck der Konkurrenz zwischen den Unternehmern auf dem nationalen und internationalen Markt erzwungen.

Das Kapital muß durch die Arbeit, über die es Kommandogewalt hat, mehr Wert erhalten, als es für ihre Entlohnung

auswendet. Das ist nur durch Mehrarbeit möglich, die die Berufstätigen zu leisten haben. Der Mehrwert, der dem Kapital zu eigen fällt, wird auch erzeugt durch das Mehr an Zeit, Muskel- und Nervenkraft, durch das Mehr an Fähigkeit, Gewandtheit, Sorgsamkeit, Anspannung des Geistes und Willens, das die Arbeiterin über ihre Entlohnung hinaus an ihre Berufstätigkeit setzt und setzen muß. Dieses Mehr geht der Frau selbst und ihrem Leben und Wehen am häuslichen Herd verloren. Die Proletarierin, die der Verusarbeit geben muß, was ihrer in der kapitalistischen Ordnung ist, kann der Mutterschaft nicht geben, was ihr gebührt. Niemand kann zweien Herren dienen, auch die werktätige Mutter nicht, und wenn sie schafft, bis die Hände wund sind und die Augen den Dienst versagen. Das Kapital ist aber der stärkere Herr. Im heutigen Wirtschaftsleben gehen seine Ansprüche vor denen der Mutterschaft, dafür sorgt die Not der Besitzlosen, der sie unterwerfende Zwang, schaffend den Lebensunterhalt zu gewinnen. Die erwerbenden Proletarierinnen wissen ein Lied davon zu singen, das von qualvollen, überbürdeten Tagesstunden und schlaflosen Nächten erzählt, das schwer ist von Tränen und Herzblut. Lassen wir dazu Tatsachen sprechen, die unbestreitbar sind.

Proletarische Mädchen werden mit sechzehn Jahren wirtschaftlich „großjährig“, denn sie genießen von da an nicht mehr den dürftigen gesetzlichen Schutz der jugendlichen Arbeitskräfte. Sie dürfen vom sechzehnten Jahre an unter den gleichen Bedingungen wie Erwachsene verwendet und angestrengt werden, obgleich ihr Körper noch nicht voll entwickelt ist und die weitere Bildung von Geist und Charakter Rücksicht heischt. Die Verusarbeit frißt Kräfte auf, aus denen sich ein neues Leben erbauen sollte, beansprucht Zeit und innere Werte, die der Vorbereitung auf die Mutterschaft und ihren Pflichten dienen müßten. Denn eines Tages werden diese halben Kinder Mütter werden mit der Aufgabe, Menschen zu bilden. Bedeutet ihre Preisgabe nicht im zweifachen Sinne die Ernte im grünen Halm vernichten? Die alte Sage vom Moloch, der mit Jungfrauenfleisch gespeist sein wollte, hat einen neuen, furchtbaren Sinn bekommen! Arbeiterinnen müssen mit giftigen Stoffen umgehen, die nachweisbar nicht nur den mütterlichen Körper verseuchen, sondern auch die Leibesfrucht schädigen, wenn nicht töten. Das bestätigen die zahlreichen Tot-, Früh- und Fehlgeburten der Frauen in bestimmten Berufen, ihre schweren Entbindungen, ihre häufigen Krankheiten der Unterleibsorgane. Die Tabakarbeiterinnen sind der Gefahr ausgesetzt, daß das Nikotin die nährenden Kraft ihrer Muttermilch in verderbliches Gift verwandelt. Der Fußbetrieb von Näh- und Poliermaschinen usw. zerrüttet den Organismus vieler Frauen in einem Maße, daß er unfähig zu gesunder, normaler Mutterschaft wird. Eine schier endlose Liste von beruflichen Gefahren ließe sich zusammenstellen, die stetig die erwerbende Proletarierin umlauern. Der zehnstündige Arbeitstag — oft genug durch Überzeitarbeit und fast stets durch häusliche Pflichten verlängert — steigert durch die Dauer alle schädlichen Einflüsse der Verusarbeit und mindert den körperlichen Schatz, der im Weibe für die Mutter bewahrt werden müßte.

Die rücksichtslose Hinopferung der Mutterschaft bei der Verusarbeit redet durch ungezählte Frauen zu uns, die gebrechlich und siech dem Alter und Tod vorzeitig entgegenfallen. Sie wird bezeugt durch das Riesengeheer schwächlicher, bresthafter Kleinen, die als einziges Erbgut die Keime zu allerhand Leiden mit auf die Welt bringen, durch die vielen Kindergräber — namentlich Säuglingsgräber! — in Industriegebieten, anklagende Denkmäler des Massensterbens proletarischer Nachkommenschaft. Erscheinungen das alles, die sicher nicht auf das Schuldkonto der unfreien kapitalistischen Verusarbeit des Weibes allein zu setzen sind, die jedoch ebenso gewiß zum großen Teil davon nicht gestrichen werden können. Das beweisen die Veröffentlichungen der Krankenkassen für Arbeiter und Angestellte wie die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, darüber enthält die ärztliche und sozialwissenschaftliche Literatur reiches, nur allzu reiches Material.

Zur Soziologie des Krieges.

Von Fritz Röttcher. (Fortsetzung.)

Auch in Deutschland faßt diese Auffassung Fuß. Der Münchener Biologe Haller meyer schreibt zum Beispiel über den Dreißigjährigen Krieg in der Zeitschrift „Sexualprobleme“, Januar 1914: „Worin liegt die biologische Bedeutung des Dreißigjährigen Krieges, der Deutschland drei Viertel seiner Bewohner gekostet hat? Weder Sieger noch Besiegte sind durch ihn biologisch gefördert, alle aber wesentlich geschädigt worden, am meisten aber das unglückselige Deutschland. Gewonnen haben in diesem Kriege höchstens die Engländer, die sich, ohne Wettbewerb fürchten zu müssen, über die ganze Erde ausbreiten konnten.“

Es hat nun den Anschein, als ob der jetzige Krieg eine ähnliche Situation für die Nordamerikaner schafft, wie der Dreißigjährige Krieg für England. Etwas Derartiges hat Goethe vorausgesehen, als er die Verse schrieb:

Amerika, du hast es besser
Als unser Kontinent, der alte,
Du hast keine zerfallenen Schlösser
Und keine Basalte.
Dich stört nicht im Innern,
Zur unrechten Zeit
Unnützes Erinnern,
Vergeblicher Streit.

Soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, werden diejenigen europäischen Staaten am meisten geschädigt, bei denen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am weitesten fortgeschritten ist. Eine besondere Position nimmt wiederum England ein. Die Kriegsführung durch rassefremde Völker schont mit der nationalen Männervelt die eigenen biologischen Reserven. Durch diesen Umstand ist übrigens die Rechtfertigung des Krieges als eines Faktors vollkommener Gruppenauslese, bei der das tüchtigste Volk die meiste Aussicht hat, vollends auf den Kopf gestellt. Rußland arbeitet mit biologischen Quantitäten, nicht mit Qualitäten. Bei dem niedrigen Stande seiner Allgmeinkultur fallen die Verluste tatsächlich weniger ins Gewicht.

Ganz unglaublich naiv stehen weite Kreise der deutschen Gebildeten diesen Dingen gegenüber. Raumann, der bekannte volksparteiliche Führer, äußerte ganz unhaltbare Ansichten. Mehrfach wurde die Meinung vertreten, daß der Krieg über das Problem des Geburtenrückgangs hinweghelfen werde, das vor dem Kriege so viel Kopfzerbrechen machte. Ernsthafte Beurteiler des Gegenstandes haben sich anscheinend bis jetzt kaum in der Presse zum Wort gemeldet. Die Frage ist auch, wenigstens in manchen Einzelheiten, besonders schwierig und heikel. Einiges läßt sich indessen doch schon mit ziemlicher Sicherheit feststellen. Zunächst ist die mehrfach vertretene Auffassung hinfällig, daß die Vermehrung der Geburten (Kriegskinder! — Aufblühen des Liebesverlangens — vermehrter Zeugungswille) schon an sich auf eine Bevölkerungszunahme nach dem Kriege hindeute. Die Zunahme eines Volkes wird durch ganz andere Faktoren bedingt. Bei der bisherigen kapitalistischen Kultur, die unmittelbar nach dem Kriege sich kaum ändern dürfte, stellte sich der Geburtenrückgang in der Hauptsache als eine Art Anpassung an die erschwerten Lebens- und erst recht Aufzuchtbedingungen dar. Je höher in einem Lande die investierte Kapitalsumme ist, desto stärker muß auch der einzelne Bewohner zu der Aufbringung der Zinsen auf den mancherlei Wegen des Wirtschaftslebens beitragen, vorausgesetzt natürlich, daß er nicht selbst Kapitalist ist und sein Leben trotzdem auf einer bestimmten Kulturhöhe verbringen will. Durch den Krieg erhöht sich nicht nur die industriell investierte Kapitalsumme, sondern, was eigentlich noch wichtiger ist, auch deren Zinsfuß hat steigende Tendenz. Das deutet sicherlich auf erschwerte Lebensverhältnisse hin. Für den einzelnen wird daher das allgemeine Lebensniveau herabgedrückt oder aber, falls er bei seiner alten Lebenshaltung beharren will, er muß mehr Ar-

beit liefern. Unter dem Druck dieser Umstände sollte er dann noch mehr Kinder aufziehen! Das klingt kaum glaublich, trotzdem wird es von ernst sein wollenden Schriftstellern in ihres Herzens Überschwang behauptet.

Eine besondere Beleuchtung verdient in diesem Zusammenhang die Rolle des Staates. Der Staat nimmt Kriegsanleihe über Kriegsanleihe auf und überläßt deren Zahlung freudlichst den nachkommenden Generationen. Einem Familienvater, der Schulden macht, damit seine Kinder und Enkel sie bezahlen, würde man sagen, daß seine Kinder recht tun, wenn sie sich für diese Art Vorsorge bedanken. Die Landeskinder könnten unter Umständen auf den gleichen Gedanken kommen, sie könnten entweder auswandern oder ihre eigenen Kinder durch Beschränkung der Zahl vor der zu starken Belastung bewahren. Italiens Auswandererziffer stieg nach dem Tripoliskrieg um 300 000. Es ist ungemein charakteristisch, daß die führende Militärmation bis 1870, Frankreich, die geringste Bevölkerungszunahme hat. Es seien hier einige Sätze aus der ehrwürdigen „Revue de deux mondes“ aufgeführt. Dort schrieb Leonce de Lavergne am 15. November 1868: „Zu jeder Zeit ist in Frankreich die Zunahme der Bevölkerung im umgekehrten Sinne der Stärke des militärischen Kontingents gefolgt. Während der Restauration, als das jährliche Aushebungskontingent nur 40 000 betrug, nahm die Bevölkerung rapid zu. Als das jährliche Kontingent auf 60 000 gesteigert wurde, verlangsamte sich die Zunahme, bei 80 000 geschah das in noch gesteigertem Maße. Bei einem jährlichen Kontingent von 100 000 war die Bevölkerungszunahme fast gleich Null. In den letzten zwei Jahren wurde das jährliche Kontingent weiter erhöht auf 140 000, und die Bevölkerung ist dabei zurückgegangen. Es hat nur diese eine Meinung gegeben bei der landwirtschaftlichen Enquete, welche durch das kaiserliche Dekret vom 28. März 1866 angeordnet wurde.“

Sicherlich ist Frankreichs Bevölkerungsrückgang nicht nur auf diese militärischen Einwirkungen zurückzuführen, sondern noch andere kapitalistische Einflüsse sind dabei vielleicht von größerer Wichtigkeit. Das ist aber ein schlechter Trost, denn gerade diese Faktoren sind auch heute am Werke. Zimmerlin ist die hervorgehobene Übereinstimmung in der Entwicklung etwas sehr Merkwürdiges. Die guten Leute, die von einem Aufblühen der Liebesleidenschaft durch den Krieg einen volkswirtschaftlichen Nutzen erwarten, scheinen auch nicht zu wissen, wie die Dinge eigentlich in Deutschland stehen. Seit dem Jahre 1876 verbannt Deutschland seine Bevölkerungszunahme nicht der Vermehrung der Geburten — ihre Zahl fiel von 42,6 Promille im Jahre 1876 auf 29,1 im Jahre 1912 —, sondern dem Rückgang der Sterblichkeit oder, was gleichbedeutend ist, der Erhöhung der Durchschnittslebensdauer. Die Sterblichkeit betrug im Jahre 1876 29,3 Promille, dagegen im Jahre 1912 16,4 Promille. Dementsprechend stieg die durchschnittliche Lebenserwartung für das männliche Geschlecht von 35,85 im Jahrzehnt 1870/80 auf 44,82 im Jahrzehnt 1901/10. Aus diesen Zahlen geht mit jeder nur wünschenswerten Deutlichkeit hervor, daß die Zahl der Geburten nicht allein ausschlaggebend für die Volksvermehrung ist. Es kommt nicht einzig und allein darauf an, wieviel Kinder geboren werden, sondern wieviel Menschen überleben können. Der Rückgang der Sterblichkeit, beziehungsweise die Erhöhung der Durchschnittslebensdauer hat eine natürliche Grenze, da bekanntlich gegen den Tod kein Kraut gewachsen ist. Für das Sinken der Geburtenziffer besteht dagegen an und für sich keine Beschränkung. Unzweifelhaft wirkt aber nicht nur der Krieg starker Volksvermehrung entgegen, sondern der ganze Apparat, den wir gemeinhin Militarismus nennen. Ein Stück lebendiger Gerechtigkeit tut sich vor den erstaunten Augen der Gewaltgläubigen auf. Die Natur rächt alle Sünden! Bezüglich der Einwirkung des Krieges auf den Geburtenrückgang gibt es in Deutschland Sachverständige, die außerordentlich schwarz sehen.

(Schluß folgt.)

Aus der Bewegung.

Klara Wehmann †. Eine treue Seele ist von uns gegangen, ein tüchtiger, aufrechter Mensch, eine liebevolle Gattin und aufopfernde Mutter, eine tapfere Genossin und Kämpferin. Am 19. Juli ist in Leipzig nach längerem Leiden die Genossin Klara Wehmann im Alter von 56 Jahren gestorben.

Schon seit dem Anfang der neunziger Jahre war Genossin W. in der Arbeiterbewegung tätig. 1893 arbeitete sie mit in dem Leipziger Frauenbildungsverein, der 1894 polizeilicher Auflösung verfiel. Ein Jahr später nahm sie an den Vorarbeiten teil, durch die der „Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“ ins Leben gerufen wurde. Diesem Verein, dem sie von 1900 bis zu seinem Ende vorstand, gehörte jahrelang ihr bestes Wirken; und als er schließlich mit der Männerorganisation verschmolz, da war es in hohem Maße Kl. W.s Arbeit zu danken, daß den Leipziger Genossinnen durch Aufrechterhaltung ihrer Diskussions- und Lesabende wie durch unentgeltliche Viefierung der „Gleichheit“ die ihrer weiblichen Eigenart entsprechende Durchbildungsmöglichkeit gesichert wurde.

Auch auf gewerkschaftlichem Gebiet hat Genossin Wehmann fleißig gearbeitet. Der Wäscheverband in Leipzig war ihr Werk von seinem Beginn bis zu seiner Verschmelzung mit dem Schneiderverband. Und bis in das letzte Lebensjahr war sie trotz ihres schweren Herzleidens als Leiterin eines Frauenleseabends, in der Jugendbewegung und für das Bibliothekwesen tätig. Die Leipziger Genossinnen und Genossen danken ihrer schlichten, treuen Arbeit gar viel, und sie haben dies auch anerkannt, indem sie Kl. W. mehrfach mit ihrer Vertretung auf Parteitag und Landeskonferenzen betrauten.

Daß ihr Wirken so erfolgreich war, ist vor allem dem Umstand zu danken, daß Kl. W. unausgesetzt an sich selbst und ihrer Weiterbildung arbeitete. Bis in ihre letzten Jahre hinein gehörte sie zu den treuesten und eifrigsten Teilnehmern der Bildungs- und Unterrichtskurse. Ein klarer Verstand und ernste Gründlichkeit war ihr zu eigen. Wollte ihr einmal ein Gedankengang nicht gleich ganz klar werden, so ließ ihr das keine Ruhe; sie rang mit ihm, bis sie ihn bewältigt hatte. Und wenn es ihr nicht gegeben war, das Selbstdurchdachte und Erlannte in zündender, packender Rede anderen mitzuteilen, so hat sie dafür durch ihr schlichtes, klares Wort, durch ihr Beispiel, ihre Treue, ihre Ehrlichkeit, ihr echt solidarisches Handeln gewirkt. Als Leiterin des Arbeiterinnenvereins ließ sie nichts Kleineliches, nichts Persönliches aufkommen; immer war ihr Sinn auf die Sache gerichtet. Und wollte sich je einmal Uneinigkeit einschleichen, so wußte sie geschickt zu vermitteln und auszugleichen. Es hastete ihr auch nicht der Fehler so mancher Vereinsleiter an, daß sie andere nicht gern neben sich aufkommen lassen wollen. Vielmehr freute sie sich über jede junge Kraft und suchte sie zu fördern.

Ihr war der Sozialismus nicht nur Gefühlsache, nicht nur Erkenntnis, er war ihr beides: er war ihr Weltanschauung, Glauben, Religion, die ihr ganzes Leben durchdrang. Sie bekannte ihn nicht nur, sie lebte ihn, auch daheim in ihrer Familie, in der Erziehung der Söhne, im Getriebe des Alltags.

Es war der herbste Schmerz ihres Lebens, als schweres körperliches Leiden ihrem Drang nach Betätigung hemmend in den Weg trat. Lieber kämpfend sterben, als tatenlos dahinvegetieren, das war ihre Lösung. Und so hat sie immer wieder, wenn ihr Zustand sich ein wenig besserte, alles, was ihr an Kraft übrig war, in den Dienst unserer Sache gestellt.

Der Weltkrieg hat ihr den letzten Stoß gegeben. Das Furchtbare, das Unbegreifliche, das über die ganze Menschheit hereingebrochen war; die Verwirrung in der Partei, der ihr ganzes Denken und Fühlen galt; die Sorge um die beiden Söhne — dem allem war das kranke Herz nicht mehr gewachsen. Es schlug immer leiser und leiser, bis es endlich stehen blieb.

Aber wenn auch Kl. W.s letzte Lebensjahre durch Krankheit und Verzicht auf manche lieb gewordene Arbeit, durch mancherlei Enttäuschungen und Kränkungen getrübt worden sind, sie war doch eine glückliche Frau. An ihrer Seite stand bis zuletzt der treue Gatte, der für sie sorgte und dachte, der sie auf Händen trug. Zwei tüchtige Söhne sah sie heranwachsen, die ihr Lebensziel, ihre Weltanschauung mit ihr teilten, die zu ihr emporstauten, denen sie nicht nur Mutter, denen sie Freundin war.

Und wenn sie auch materielle Sorgen und trübe Tage genug erlebt hat, sie war doch reich, reich durch den Besitz eines Zukunftsglaubens einer Aufgabe, für die es sich zu leben lohnt. Und sie ist sich bis

zuletzt treu geblieben! Sie hat nicht umgelernt, nicht wie so viele andere verbrannt, was sie früher anbeteten, und angebetet, was sie früher verbrannten. Sie blieb ihrem Ideal, dem Gedanken der Menschheitsbefreiung und Menschheitsverbüderung auch treu unter den Erschütterungen des Weltkriegs, treu bis zum Tod. Es sind nicht viele, an deren Grab man das wird sagen können. K. D.

Von den Organisationen. Bericht über die Tätigkeit der organisierten Genossinnen des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises. Im Vorjahr hatten wir der Parteiorganisation namentlich dank der aufopfernden Werbetätigkeit unserer Genossinnen in der „Roten Woche“ einen stattlichen Zuwachs an weiblichen Mitgliedern zugeführt, nämlich 1731. Die Zahl der organisierten Genossinnen unseres Kreises war von 2201 auf 3932 gestiegen. Infolge des Krieges können wir leider in diesem Jahre nichts so Günstiges berichten, ja schlimmer noch, wir müssen einen Verlust an weiblichen Mitgliedern melden. Um die Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter den Frauen zu fördern, wurde die Institution der Kreisvertrauensleute auch auf die weiblichen Mitglieder übertragen. In 32 Bezirksvereinen sind 41 Genossinnen für die Frauenbewegung an leitender Stelle tätig. Trotzdem sind die weiblichen Mitglieder um 440 zurückgegangen. Auffallenderweise ist der Verlust in den großen Stadtbezirken am stärksten, während einige ländliche Vereine einen kleinen Zuwachs organisierter Genossinnen zu verzeichnen haben. Im Vorjahr fanden in kürzeren Zwischenräumen Kreisfrauenkonferenzen statt, bei denen unser Parteisekretär, Genosse Kuhn, mit den weiblichen Vertrauenspersonen in den Vereinsleitungen über alle wichtigen Tagesereignisse, Parteifragen und Agitationsmöglichkeiten Rücksprache nahm. Manche fruchtbringende Anregung, mancher wertvolle Gedanke ist von dort ausgegangen und hat die Organisation belebt und gekräftigt. Leider steht heuer unser Sekretariat verwaist, Genosse Kuhn mußte vom zweiten Mobilmachungstag an seiner Militärpflicht genügen, und so haben wir in diesem Jahre nur zwei solcher Konferenzen abhalten können. Die eine beschäftigte sich mit der Kriegsfürsorge und entsandte zwei Genossinnen, die Unterzeichnete und Genossin Wagner, in den „Arbeitsausschuß für Frauenkriegshilfe“. Eine zweite Konferenz nahm den Bericht über die Tätigkeit der Frauenkriegsfürsorge entgegen und wählte an Stelle der Unterzeichneten, die aus Zeitmangel nicht mehr mitarbeiten konnte, Genossin Hölzel in den genannten Ausschuß. In den 83 Bezirken der städtischen Kriegsfürsorge sind neben mehr Genossen eine kleine Anzahl Genossinnen tätig. Wenn wir auch wenig entscheidenden Einfluß auf den Gang der Dinge in diesen Unterausschüssen ausüben, so können wir doch hier und da das Los der Kriegerfrauen etwas besser gestalten. So hat es unter anderem der Protest der Genossen und Genossinnen bewirkt, daß aus den Fürsorgestellen ein Plakat entfernt wurde, das durch seinen Inhalt die Unterstützungsberechtigten im höchsten Grade verletzen und verbittern mußte. Außerdem sind auch die mancherlei Erfahrungen nicht gering einzuschätzen, die unsere Genossinnen in den Ausschüssen machen und uns in Zukunft wertvoll sein können. Seitens der Partei sind anfänglich noch hier und da Frauenversammlungen veranstaltet worden, die sich hauptsächlich mit der Kriegsfürsorge beschäftigten. Das erwies sich als notwendig, denn viele, sehr viele Frauen konnten sich in den oft veränderten Bestimmungen der städtischen Kriegsfürsorge nur schwer zurechtfinden, zumal weil jeder der 83 Bezirksausschüsse selbständig arbeitete und die Verfügungen des Hauptausschusses oft mißverständlich auslegte. Bedauerlicherweise hatten die Genossinnen heuer keine Parteiarbeit zu leisten. Die Kinderschulskommission hat ihre Arbeit gänzlich eingestellt; die Ferienwanderungskommission versucht jetzt, vielen Anregungen folgend, wieder Spaziergänge für die Kinder zu veranstalten. Da es sich hierbei um eine notwendige Ergänzung unseres Wirkens für die Jugend handelt, ist diesen Veranstaltungen bestes Gelingen zu wünschen. Zwei Frauenversammlungen beschäftigten sich mit dem Thema „Krieg und Küche“. Genossin Gradnauer-Dresden hatte die undankbare Aufgabe übernommen, darüber zu referieren. Außerdem fanden Volksversammlungen statt, die zur Ernährungsfrage Stellung nahmen. Der Vollständigkeit halber bleibe eine Versammlung der Genossinnen in Gablenz nicht unerwähnt, in der die Naturheilkundige Frau Schmeil sprach. Wenn dieser Bericht auch nicht von Fortschritten reden kann, so hoffen doch mit der Unterzeichneten alle tätigen Genossinnen, daß der Friede neue umfassende Arbeit im Dienste des Sozialismus bringen wird. Bis dahin „durchzuhalten“ in klarer sozialistischer Überzeugung und in dem uns alle einenden Gedanken von der internatio-

nenalen Solidarität der Arbeiterklasse aller Länder und des Weltfriedens, ja an der baldigen Rückkehr des Friedens mitzuarbeiten, was in unseren schwachen Kräften steht: das soll unsere jegige Lösung sein.

Marta Schlag, Chemnitz.
Frauenkonferenz in Chemnitz. Am 6. Juni fand eine sehr gut besuchte Frauenkonferenz für den Bezirk Chemnitz statt. Genossin Schlag eröffnete und leitete die Zusammenkunft. Genossin Zieh hatte als Vertreterin des Parteivorstandes das einleitende Referat übernommen, in dem sie einen Überblick über die wirtschaftliche und politische Situation gab, die Schritte besprach, die von der Partei unternommen wurden, um dem Lebensmittelwucher entgegenzutreten, sozialpolitische Maßnahmen durchzusetzen und für einen baldigen Frieden zu wirken.

Eine äußerst lebhaft und interessante Diskussion, an der sich Frauen und Männer in gleicher Weise beteiligten, folgte dem Vortrag. Allgemein wurde der Befriedigung Ausdruck gegeben, daß den Genossinnen durch die Zusammenkunft die Möglichkeit erschlossen worden, sich auszupprechen und zu beraten wie am wirksamsten die Agitation für die Organisation und Presse zu betreiben, wie eine Einwirkung auf die Presse, auf die „Chemnitzer Volksstimme“ und die „Gleichheit“ zu ermöglichen sei durch Übermittlung der Wünsche der Genossinnen an die Redaktionen, und schließlich, wie die Zusammenkünfte der Genossinnen ausgestaltet werden könnten, um die sozialistische Erkenntnis zu vertiefen. Es wurde berichtet, daß von bürgerlicher Seite, insbesondere von kirchlichen Vereinen und von Geistlichen, sehr viel Mühe aufgewandt wird, um die Arbeiterfrauen zu sich herüberzuziehen. Bei den politisch organisierten Frauen und Mädchen ist der Liebe Mühe freilich vergeblich, aber bei den Indifferenten nicht ohne Erfolg. Um so notwendiger ist deshalb auch, daß unsere Agitation nicht einschläft. Können wir unter dem Kriegszustand auch wenig oder gar nicht in öffentlichen Versammlungen werben, so ist die Hausagitation um so lebhafter und zäher zu betreiben und daneben die Zusammenkünfte der Genossinnen, die Lesende und die Frauenmitsiederverfassungen interessanter und lehrreicher zu gestalten. Die einzelnen Hefte der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek, die „Gleichheit“ liefern dazu eine Fülle Material, und Genossin Zieh teilte mit, daß in den nächsten Wochen ein Ergänzungsheft der „Neuen Zeit“ herauskomme, das eine Abhandlung über „Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg“ bringe, das ebenfalls als Grundlage für die Diskussion dienen könne. Alle Teilnehmer der Konferenz, Genossen und Genossinnen, waren einig in dem Gedanken, daß alles zur Aufrüttelung und Organisation der Frauen getan werden müsse, insbesondere wurde empfohlen, an der Hand der Abonnentenlisten der Parteizeitungen Frauenversammlungen einzuladen, um den Gedanken der Solidarität zu festigen. Möge dieses Streben von gutem Erfolg begleitet sein und in allen Bezirken Nachahmung finden. L. Z.

Politische Rundschau.

In der Zweiten Kammer des württembergischen Landtags ist die Frage der Lebensmittelversorgung in der letzten Juliwoche ausführlich erörtert worden. Alle Parteien waren sich darin einig, die Teuerung zu verurteilen, nur der Bauernbund glaubte die Dinge in etwas rosigem Lichte darstellen zu müssen. Die Redner der sozialdemokratischen Partei und der sozialistischen Vereinigung griffen die Regierung ob ihrer vielen Unterlassungssünden scharf an.

Pflüger (Soz.) erklärte: Hochverräter am Vaterland pflegt man sonst vor das Gericht zu stellen; die Hochverräter, von denen heute die Rede war, haben eine solche Maßnahme nicht zu befürchten. Wir hoffen aber, daß hier scharfer zugegriffen wird, und daß den starken Worten auch entsprechende Taten folgen. Im vorliegenden Zusammenhang dürfen wir auch sagen, daß während des Krieges unsere ganze Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung versagt haben, weil sie auf den Profit zugeschnitten sind. Die Profitinteressen sind auch von den staatlichen Behörden geschützt worden, wodurch für die weitesten Kreise wiederum eine Erschwerung ihrer Lage eingetreten ist. Der Plan, Deutschland von außen her auszuhungern, ist gescheitert; heute müssen wir uns gegen die Absichten wehren, Deutschland von innen her auszuhungern. Würden die Nahrungsmittel richtig verteilt, so hätte das Volk ausreichend zu leben. . . .

Westmeyer (soz. Vereinig.) erklärte sich mit den Ausführungen Pflügers fast in allem einverstanden. Er sagte laut Bericht des „Schwäbischen Merkur“: „Der Staat habe nicht einmal die größten Auswüchse des Profitinteresses beseitigen können. Solche Höchst-

preise, wie wir sie haben, seien nichts anderes als staatlich konfessionierter Wucher. Denn was helfen Höchstpreise, wenn sie nur der Vermittelte erschwingen kann? Wenn das Wort, Deutschland gleiche einer belagerten Festung, Tatsache wäre, so stünde es vielleicht besser um uns; aber je mehr sich die Gegner von unseren Grenzen entfernen, um so schlimmer und rücksichtsloser gehen die Lebensmittelwucherer vor. Von dem gerühmten sozialpolitischen Verständnis der Generalkommandos halte er insoweit nicht viel, als sie Versammlungen gegen den Lebensmittelwucher verbieten. (Vizepräsident v. Kiene macht darauf aufmerksam, daß Anordnungen der Generalkommandos hier nicht zur Sprache gebracht werden können.) Das Volk könne dem Kriegswucher nur dadurch ein Ende machen, daß es den schärfsten Kampf gegen den Krieg selbst führe.

Nachdem weitergehende Anträge der Sozialdemokratie abgelehnt waren, wurden die Anträge des Ausschusses teils einstimmig, teils gegen den Bauernbund angenommen. Sie erfordern die Staatsregierung dahin zu wirken, daß der Preis für Mehl durch Festsetzung eines entsprechenden Höchstpreises ermäßigt, eine Herabsetzung des Höchstpreises für Brot herbeigeführt und daß der Bevölkerung ermöglicht wird, sich sofort nach der Ernte mit Kartoffeln zu billigen Preisen zu versehen. Zu diesem Zweck seien Höchstpreise festzusetzen, den Gemeinden und Kommunalverbänden Enteignungsrechte zu gewähren. Für Höchstpreise auf Fleisch soll die Regierung im Bundesrat hinwirken; um dem Milchwucher einen Riegel vorzuschieben, sollen die Gemeinden Höchstpreise festsetzen, im Notfall solle Milch unentgeltlich an die Bevölkerung abgegeben werden. Höchstpreise für Butter und Käse, soweit sie für den Massenbedarf in Frage kommen, sollen beim Bundesrat befristet werden. Kraftfuttermittel sollen verbilligt, Höchstpreise in Kohlen, Holz, Hülsenfrüchte und Eier angestrebt werden.

Diese Beschlüsse der Zweiten Kammer sind von der Ersten Kammer ohne weiteres abgelehnt worden. Der Berichterstatter der Standesherren hielt die Frage der Volksernährung zwar für hochwichtig, doch sei zu einer ausführlichen Erörterung die Zeit zu knapp. Im Prinzip stimme das Erste Haus den Wünschen des Zweiten Hauses ja zu; er schlage vor, sie in einer allgemeinen Resolution zusammenzufassen. Die Staatsregierung wird demnach ersucht, durch eigene Maßnahmen und durch Einwirkung auf den Bundesrat für eine weitere wirksame Bekämpfung der Teuerung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten. Den maßgebenden Behörden soll absichtlich möglichst freie Hand gelassen werden. Damit wird den absichtlich ins einzelne gehenden Beschlüssen der Zweiten Kammer die Spitze abgebrochen. Die Resolution wurde angenommen.

In der Schlußabstimmung über den Etat stimmte die sozialdemokratische Fraktion mit Ja. Sie begründete diese Budgetbewilligung vor allem damit, daß die Geschlossenheit des württembergischen Volkes in diesem ungeheuren Kampfe auch nach außen zu betonen, ihr als erste Pflicht gelte. — Die Sozialistische Vereinigung stimmte mit Nein. In einer Erklärung betonte sie die grundsätzliche sozialistische Auffassung vom Staat, dessen Charakter der Krieg schärfer denn je hervorreten lasse.

Notizenteil.

Burgfrieden.

Verbotene Vertrauensmännerkonferenz in Chemnitz. Die Leitung des 15. sächsischen Reichstagswahlkreises hatte eine Vertrauensmännerkonferenz nach Chemnitz einberufen. In der gedruckten Einladung, die den Vertrauensmännern brieflich zugeht, war bemerkt, daß die Reichstagsabgeordneten Haase und Stücklen anwesend sein würden. Die Einladung gelangte in die Hände der Polizei, die die Konferenz für anmeldspflichtig erachtete und die Versammlung auflöste. Der Polizeikommissar teilte mit, daß die Eröffnung der Konferenz das Einschreiten der Staatsanwaltschaft zur Folge haben werde. Unter den Teilnehmern der Konferenz war manch alter Mitkämpfer aus der Zeit des Ausnahmegesetzes.

Vorzensur bei Erörterung von Lebensmittelfragen in Bayern. Das stellvertretende Generalkommando des zweiten bayerischen Armeekorps verfügte die Vorzensur über alle Artikel, die sich mit Lebensmittelsteuerungsfragen beschäftigen, durch folgenden Erlass:

Der Bundesrat hat in der Angelegenheit der Höchstpreise gesprochen, das königliche Ministerium hat zum Maßhalten in der Diskussion gemahnt. Trotzdem nimmt sie immer mehr parteipolitischen Charakter an. Abgesehen davon aber, schadet die immer wiederkehrende Kritik der Lebensmittelsteuerung dem Interesse der Landesverteidigung. Im Ausland erweckt sie Siegeshoffnungen, im Inland

macht sie weite Kreise erbittert oder mutlos. Die Presse soll aber für das Gegenteil wirken. Das stellvertretende Generalkommando der zweiten bayerischen Armee hat daher mit Verfügung vom 27. jede weiteren Erörterungen und Betrachtungen über Lebensmittelteuerung unter Präventivzensur gestellt, einerlei, ob es Originalartikel oder bereits andertwärts zensierte sind.

Zu neun Monaten Gefängnis wurde Genosse Heinrich Güneke, Vorsitzender des Verbandes der Maschinisten und Heizer, Zahlstelle Bremen, von der Bremer Strafkammer II verurteilt. Die Anklage lautete auf Aufreizung zum Massenhaß, Verleitung von Soldaten zu Vergehen gegen die militärische Zucht und Ordnung und Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle. Beantragt war ein Jahr Gefängnis. Der Angeklagte hatte auf der Werft der A.-G. Weser etwa 100 Exemplare des Flugblatts „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ verbreitet.

Hausdurchsuchungen und Verhaftungen

In Hamburg wurde bei Genosse Dr. Laufenberg nach den von ihm verlegten Broschüren „Imperialismus und Demokratie“ und „Organisation, Krieg und Kritik“ gehäusucht. Auch nach einem Schriftstück wurde gefahndet, das auf einer Versammlung der Hamburger Landesorganisation verteilt worden und sofort in die Hände des Generalkommandanten gelangt war.

— In Berlin, wo Genosse Pief seit Mai in Haft gehalten wird, fanden ebenfalls eine ganze Reihe von Hausdurchsuchungen statt. Es scheint sich hier um den Aufruf der Internationalen Frauenkonferenz in Bern zu handeln. Auch in Dresden wurde bei einer Reihe Parteigenossen gehäusucht. Man fahndete hier nach der Zeitschrift „Die Internationale“. In Württemberg fanden neue Hausdurchsuchungen in Stuttgart, Cannstatt, Gmünd, Göppingen und Ulm statt. Bei einer Hausdurchsuchung in der Redaktion des Sozialdemokraten, des Mitteilungsblattes des alten sozialdemokratischen Vereins, handelte es sich um die Ermittlung eines oder mehrerer Berichterstatter an schweizerische Zeitungen. Seit 31. Juli ist denn auch die Berner Tagwacht in Württemberg verboten.

Für den Frieden.

Arbeiterbewegung in Rußland. Während die russische Bourgeoisie Anstrengungen macht, um eine Reorganisation der Verwaltung und Kriegsvorbereitung in ihrem Sinn durchzusetzen, und die Duma hierbei in einer für Rußland unerhört energischen und selbstbewußten Art vorgeht, erwacht in den proletarischen Schichten unter dem Eindruck des Kriegselends immer mehr der Klassenbewußte Kampf gegen jede Ausbeutung und für den Frieden. Aus Furcht, der Tag der Dumaeröffnung (1. August) möchte zu Straßenkumbungen führen, ließ die Regierung bereits am Vorabend alle Staatsgebäude polizeilich absperren und die Arbeiterviertel militärisch überwachen. Im Umkreis des Dumagebäudes waren die Straßen für den öffentlichen Verkehr gesperrt. Im Dumagebäude war mit Genehmigung des Präsidenten eine Militärwache untergebracht. Für Petersburg erging ein allgemeines Versammlungsverbot, Briefe werden nur unverschlossen befördert, der Stabitelegraphenverkehr ist nur mit besonderer Erlaubnis gestattet. Solche strenge Maßnahmen weisen auf eine starke innere Gärung hin, die ihren Herd in den Klassenbewußten Arbeitermassen hat. So

haben denn auch die Arbeiter der Futilowwerke und anderer staatlicher Fabriken die Arbeit aus politischen Gründen niedergelegt. Selbst das Angebot von Lohnerhöhungen fruchtete nichts. In Kostroma fand am 22. Juni ein großer Streik der Textilarbeiter statt. Die Arbeiter gingen von Fabrik zu Fabrik, und hielten schließlich eine von vielen Tausenden besuchte Massenversammlung unter freiem Himmel. Der Gouverneur wollte die Versammlung durch Polizei und Militär sprengen lassen. Die Polizisten gaben eine Salve ab, durch die 3 Arbeiter getötet, 12 schwer verwundet wurden. 41 Arbeiter wurden als „Heger“ verhaftet. Zwischen den Verhafteten und der sie bewachenden Landsturmkompagnie kam es aber zu einer regen „Diskussion“, und man einigte sich auf folgenden Kompromiß: 25 Verhaftete wurden freigelassen, nur 16 meist ältere Leute blieben in Haft. Am folgenden Tage wurden 10 Prozent Kriegszulage zugebilligt. Eine Reihe Streiks, die in anderen Ortschaften folgten, wurden gütlich beigelegt. Überall mußten die Unternehmer sich zu Kriegszulagen bequemen. Ein Versuch, auch in Kostroma wie in Moskau, den Arbeiterstreik in einen Deutschenpogrom zu verwandeln, scheiterte, da die Arbeiter auf der Hut waren und die Pogromagitatoren durchprügelten.

Eine Heldentat der polnischen Sozialdemokratie. Sowohl in Rußland wie in Polen entfalten die sozialistischen Organisationen dem zarischen Heerregiment zum Trotz eine gesteigerte Propaganda. In Flugblättern, die trotz Polizei und Spigelkum massenhaft verbreitet werden, klären sie die Massen über die wahren Verhältnisse auf, zeigen die tieferen Ursachen und Wirkungen des Kriegs und protestieren gegen die blutigen Mittel der Judenverfolgungen und Deutschenpogrome, durch die der Zarismus seine ganze verrottete Unfähigkeit verschleiern möchte. Außer den Flugblättern des Agitationskomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und den Flugblättern der Petersburger Organisation und des jüdischen Arbeiterbundes werden nun auch Aufrufe der Sozialdemokratie russisch-polen (der sogenannten Opposition) bekannt. Geradezu von historischer Bedeutung ist das Manifest, das im Juni 1915 vom Landesvorstand dieser polnischen Organisation in Warschau verbreitet worden ist, und das in scharfer, grundsätzlicher Form die Stellung des sozialistischen Proletariats zum Zarismus, zur Bourgeoisie und zum Kriege bezeichnet. In der Hand des Proletariats liege das Schicksal des Krieges, denn die Arbeit in den Werken, Werkstätten und Fabriken mache seine Weiterführung erst möglich. Die Sprache des Aufrufs ist voll todesverachtender Kühnheit und einer von der Bedeutung der Stunde hingerissener Begeisterung. Trotz den Schergen des Zarismus, trotz der unumschränkten Gewalt des Höchstkommmandierenden, trotz der stets lauernenden Todesgefahr haben sich Männer genug in Warschau gefunden, die den Aufruf schrieben, setzten, verbreiteten.

Die Aktion des Balkanproletariats. Am 18. Juli tagte die zweite Konferenz der sozialistischen Parteien der Balkanländer in Bukarest. Bulgarien, Rumänien, Griechenland waren vertreten, die serbische Partei gab ihre telegraphische Zustimmung zu den Beschlüssen. Ihre Regierung hatte die Beteiligung an dem Kongreß verboten. Die Konferenz hat beschlossen, einen Föderativ-Verband der sozialistischen Parteien der Balkanländer zu konstituieren. Der Verband errichtet ein permanentes Bureau, das sich regelmäßig versammelt, und dessen ständiger Ausschuß seinen Sitz in Bukarest nimmt. Der Zweck ist gemeinsame Arbeit aller sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften des Balkans für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Verwirklichung einer Föderativ-Republik der Balkanstaaten. In einer Prinzipienklärung verspricht die kleine Internationale des Balkans dem Klassenkampf treu zu bleiben, den Sozialpatriotismus mit aller Schärfe zu bekämpfen.

Die italienische Sozialdemokratie im Kriege. Unter dem Druck der bürgerlichen Kriegsheger hat sich die italienische Regierung zu gewaltsamem Vorgehen entschlossen gegen die italienische Sozialdemokratie, die unentwegt an der Sache des Friedens und des internationalen Sozialismus festhält. In der Provinz Brescia hat man den Anfang gemacht. In der rasch ausblühenden Industriestadt

Cardone Val Trompio haben die Sozialisten den Gemeinderat und das Amt des Bürgermeisters in ihren Händen. Die Regierung begnügte sich nicht damit, Gemeinderat und Bürgermeister zu verhaften, es geschah das sogar in möglichst rücksichtsloser und auffallender Weise. Nach peinlicher Hausdurchsuchung wurden die Genossen im Gefängniswagen nach Brescia, der Provinzhauptstadt, überführt. Zur gleichen Zeit wurden in Brescia einige Mitglieder der sozialistischen Jugendorganisation verhaftet. Natürlich hat die Partei sofort Schritte zur Befreiung und Verteidigung der gefangenen Genossen unternommen. Bei der Regierung wird Einspruch erhoben. Es scheint sich um einen politischen Raubakt zu handeln. In Cardone ist augenblicklich sehr viel Kriegsindustrie, wobei die Unternehmer, wie überall, hohe Profite einheimfen. Die sozialistische Stadtverwaltung war ihnen lästig, vielleicht befürchteten sie, der sozialdemokratische Bürgermeister werde den Arbeitern in den Munitionsfabriken bei Lohnbewegungen die Stange halten. Diese Erklärung scheint um so naheliegender, als weder Bürgermeister noch Stadtverwaltung sich irgendwelcher antimilitaristischer Agitation schuldig gemacht haben. Natürlich begrüßen die nationalisistischen Heftblätter das Vorgehen der Regierung mit Jubel und suchen sie zu noch weiteren „energischen Maßnahmen“ aufzuweitschen. Der „Avanti“ hat den Herrschenden eine stolze, männliche Antwort gegeben. Er schreibt: Die sozialistische Partei erwartet die Ereignisse stehenden Fußes; ihr Programm, in dem sie bekanntlich energisch gegen den Krieg Stellung nimmt, ist vor dem Kriege festgelegt worden, und von diesem weicht sie auch heute keinen Schritt zurück.

Wieviel die italienische Regierung mit dem Versuch, die Partei zu terrorisieren, erreicht hat, zeigt die Stellungnahme der römischen Parteisektion. In einer zahlreich besuchten Versammlung haben die Mitglieder am 22. Juli einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Bemühungen des Parteivorstandes zur Wiederherstellung der sozialistischen Internationalen aufs lebhafteste begrüßt werden, ebenso wie die Stellungnahme

der Minorität der französischen Partei (Haute Vienne), das heldenhafte Benehmen der russischen Genossen, deren Parlamentsvertreter durch die Verbannung in Sibirien ihre Prinzipientreue büßen, und der englischen Independent Labour Party.

Die Friedenskundgebung und Friedensarbeit österreichischer Genossenschaftlerinnen verdient Beachtung. Vor einiger Zeit tagte in Wien eine gut besuchte genossenschaftliche Frauenkonferenz, an der Delegierte und Filialmitglieder der vier Wiener Arbeiterkonsumvereine teilnahmen. Die Initiative dazu war von dem genossenschaftlichen Frauenkomitee ausgegangen, das ein Glied der Arbeitergenossenschaftsbewegung in Osterreich ist und die besondere Aufgabe hat, Anregungen zur Agitation zu geben und sie zusammen mit den Konsumvereinen durchzuführen. Die vom Komitee in die Wege geleiteten Aktionen treten daher nicht als Aktionen der Frauen, sondern der Vereine vor die Öffentlichkeit. Das genossenschaftliche Frauenkomitee, in dem Genossin Freundlich eine hervorragende Tätigkeit entfaltet, hat seit Kriegsausbruch die Interessen der proletarischen Frauen als Konsumentinnen treu und tätig zu wahren gesucht. Es hat sich bemüht, das Gefühl internationaler Solidarität gegen die Hochstuf chauvinistischer Stimmungen zu schützen, für den Fortbestand der alten guten Beziehungen zwischen den Genossenschaftlerinnen der einzelnen Länder und den baldigen Frieden zu wirken. Was es hierfür getan hat, ersieht man aus dem Bericht, den Genossin Freundlich der Konferenz erstattete. Es heißt dort:

„Aber neben all den Sorgen der Gegenwart erfüllt die Frauen auch die heiße Sehnsucht und der leidenschaftliche Wille zum Frieden. Es haben in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch die Beziehungen zwischen den Genossenschaftlerinnen der verschiedenen Länder vollständig gestockt. Endlich aber haben wir gehört, daß die englischen Freunde zum Friedenskongreß nach dem Haag kommen werden, und wir haben sofort versucht, eine internationale Zusammenkunft der Genossenschaftlerinnen zu veranstalten. Die Zeit war sehr kurz. Als wir die Zustimmung unserer englischen Freunde erhielten, haben nur noch zehn Tage zur Verfügung gestanden, und als wir trotzdem mit den deutschen und den Schweizer Genossenschaftlerinnen eine Verbindung erlangt hatten, wurde uns mitgeteilt, daß den englischen Frauen die Pässe verweigert worden sind und sie nicht kommen können. Das hat unsere Aktion nur verändert, aber nicht verhindert. Wir suchen jetzt trotz des mangelhaften schriftlichen Verkehrs (neulich ging ein Brief von Hamburg nach Wien vierzehn Tage) diese Kundgebung durchzuführen und finden die begeisterte und freudige Unterstützung der Schweizer und holländischen Genossenschaftlerinnen. Wenn es unmöglich sein sollte, eine internationale Kundgebung zu veranstalten, so werden wir ein Manifest an die Frauen erlassen und sie zur Friedensarbeit auffordern. (Lebhafte

Zustimmung.) Wenn es heute in den politischen Organisationen des Proletariats schwer und fast unmöglich ist, eine internationale Kundgebung zu veranstalten, so ist es in den wirtschaftlichen Organisationen möglich und sie haben deshalb die Pflicht, es zu tun. Vor allen aber haben die Frauen die Pflicht. (Neuerliche Zustimmung.) Der einzige Wunsch aller Frauen auf der ganzen Welt ist der Frieden, sie stehen sich heute näher als je zuvor

Jeder Brief, aus welchem Land er kommen mag, zeigt uns, wie lebhaft die Frauen diesem Ziele zustreben. Die Genossenschaften sind Organisationen des Friedens, sie können nur im Frieden gedeihen, und deshalb fordern wir als Frauen und als Genossenschaftlerinnen den Frieden. Was wir in den nächsten Wochen tun werden, können wir Ihnen nicht sagen. Eines versprechen wir Ihnen, wir werden jeden Augenblick unsere Pflicht tun.“

Lebhafte Beifall unterstrich die Bedeutung der vorstehenden Mitteilungen. Die Konferenz wurde zu einer einheitlichen und bedeutungsvollen Kundgebung für den Frieden, die ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Die Staatsanwaltschaft hat die Drucklegung und Veröffentlichung des ungefüzten Berichts über die Konferenz erlaubt. Dieser darf mithin nicht nur in dem Organ der österreichischen Genossenschaftlerinnen veröffentlicht werden — es hat eine Auflage von 100.000 —, sondern auch in allen anderen österreichischen Blättern. Die Genossenschaftsorganisationen der einzelnen Länder unterstützen die Friedensarbeit des Wiener Frauenkomitees.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Eine Sozialistin als Vorsitzende des Schulrats in Milwaukee. Genossin Meta L. Berger wurde vom Schulrat zu Milwaukee als Vorsitzende gewählt, und zwar im ersten Wahlgang, obgleich ihr drei andere Bewerber um das Amt gegenüberstanden. Sie ist die erste Frau in den Vereinigten Staaten, die auf einen so verantwortungsvollen Posten gestellt wurde, und man ist überzeugt, daß sie seinen Aufgaben gewachsen ist, weil sie über eine reiche Erfahrung im Schulwesen verfügt. Genossin Berger hatte seit sechs Jahren in der Schulbehörde von Milwaukee Sitz und Stimme und wurde auch von bürgerlichen Mitgliedern des Kollegiums gewählt, denn unter den 15 Schulräten befinden sich nur 5 Sozialisten. Sie ist die Gattin des früheren Kongreßabgeordneten (Mitglied des Bundesparlamentes der Vereinigten Staaten) Viktor L. Berger, der der Parteileitung der sozialdemokratischen Partei angehört. An ihre Stelle wurde wieder eine Sozialistin in den Schulrat gewählt: Genossin Thomas.

Die „New Yorker Volkszeitung“ bemerkt zu dem Ereignis: „Ist auch die Wahl unserer Genossin Berger zur Vorsitzenden des Schulrats von Milwaukee an sich ohne politische Bedeutung, da sie nur durch die Stimmen der nichtsozialistischen Schulratsmitglieder möglich war, so ist sie trotzdem nicht nur eine persönliche Ehre für die vieljährige pflichtgetreue Schulrätin, sondern darüber hinaus die Anerkennung der Schulratsmehrheit für die freudig geleistete wertvolle Mitarbeit der sozialistischen Schulräte am freizeitlichen und fortschrittlichen Ausbau des städtischen Schulwesens. Wie die Tatsache, daß alle katholischen Schulratsmitglieder gegen Frau Berger stimmten, eine nicht minder deutliche Bestätigung des oben Gesagten darstellt.“ a. h.

Der Bericht über die am 1. August in Berlin stattgefundenen Frauenkonferenz und das von Genossin Wurm gehaltene Referat über „Das weibliche Dienstjahr“ mußten wegen Raummangel leider zurückgestellt werden.

Verantwortlich für die Redaktion: In Vertretung Hanna Buchhelm in Stuttgart. Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.